

Kommunen in der Europäischen Union

Cyril Gläser / Katrin Schmitz

Einige der zentralen europapolitischen Entwicklungen haben sowohl die Europabetroffenheit der Kommunen verstärkt als auch diese weiter in den Fokus der europäischen Ebene gerückt.¹ Dazu zählen neben der andauernden Euro-Krise und der damit verbundenen innerstaatlichen Umsetzung der Krisenmaßnahmen insbesondere die Europawahl im Frühjahr 2014 sowie die Einigung auf den neuen Finanzrahmen 2014-2020 mit seiner Reform der Europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds. So sollen in der neuen Förderperiode die Kommunen durch das Partnerschaftsprinzip stärker in die Fördermittelverteilung eingebunden werden. Das Prinzip der partnerschaftlichen Zusammenarbeit soll hierbei durch die Einführung des europäischen Verhaltenskodex² gewährleistet werden, der die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, die Kommunen bei der Umsetzung zu konsultieren sowie deren Beteiligung und den Dialog zwischen den Partnern der unterschiedlichen Ebenen zu ermöglichen. Eine weitere Maßnahme zur Stärkung der städtepolitischen Dimension stellt die eingeführte Zweckbindung eines Mindestbetrags an EFRE-Mitteln für integrierte und nachhaltige Projekte in Städten dar.³

Die Europawahl als Beginn eines neuen Gesetzgebungszyklus gab vielen kommunalen Vereinigungen Anlass, gezielte Forderungen zur Stärkung der kommunalen Ebene an das zukünftige Europäische Parlament sowie an die Kommission zu stellen. So forderte die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände unter anderem eine stärkere Durchsetzung der im Vertrag von Lissabon verankerten kommunalen Selbstverwaltung und des Prinzips der Subsidiarität, einen Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge sowie eine Harmonisierung des EU-Beihilfen- und Vergaberechts und der kommunalen Aufgabenerfüllung.⁴ Das Netzwerk „Eurocities“ stellte im Juni 2014 eine „urban agenda“ mit folgenden Zielsetzungen vor: eine Bevollmächtigung der Städte bei der Umsetzung der Europa 2020-Ziele, eine verstärkte Vernetzung bei der Politikgestaltung, eine Ausweitung der ganzheitlichen regionalen Entwicklung sowie eine direkte Miteinbeziehung der Städte gemeinsam mit dem Mitgliedstaaten bei der Politikentwicklung.⁵ Auch der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) sowie der Deutsche Landkreistag nutzten die Gelegenheit, um die Interessen ihrer Mitglieder frühzeitig in den Gesetzgebungsprozess einzubringen und zentrale Anliegen für die zukünftige Legislaturperiode zu äußern.⁶ Bereits 2013 hatte

1 Aufgrund der sehr unterschiedlichen Einbettung und Rolle der Kommunen in den Mitgliedstaaten der EU liegt der Fokus in diesem Beitrag auf der deutschen kommunalen Ebene.

2 Vgl. Europäischer Verhaltenskodex für Partnerschaften im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, C(2013) 9651 final.

3 Vgl. Verordnung (EU) Nr. 1301/2013, 17.12. 2013.

4 Vgl. Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände: Forderungen an das neugewählte Europäische Parlament, April 2014, http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/presse/2013/2014_bv_forderungen_ep.pdf.

5 Vgl. Eurocities: An EU urban agenda. Engaging cities for a smart, sustainable and inclusive Europe, Juni 2014, http://nws.eurocities.eu/MediaShell/media/EUA%20Policy%20paper_FINAL_20062014.pdf.

6 Vgl. Verband kommunaler Unternehmen: Eckpunkte zur Europawahl 2014, www.vku.de/europapapier; Forderungen des Deutschen Landkreistages zur Europawahl 2014, http://www.kreise.de/_cms1/images/stories/publikationen/bd-117.pdf.

der Deutsche Städtetag seine Hauptversammlung unter das Motto „Europa stärken – für seine Bürgerinnen und Bürger, für seine Städte“ gestellt und in seiner „Frankfurter Erklärung“ die zentralen europapolitischen Forderungen der deutschen Städte formuliert.⁷

Als Vertretung der Kommunen vor Ort in Brüssel tritt neben dem Ausschuss der Regionen zunehmend der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) in Erscheinung. Dieser kann als spezialisiertere Institution gerade auch kleineren Kommunen besser ermöglichen, ihre Interessen auf europäischer Ebene zu vertreten. So reagierte der RGRE auf die neue Kohäsionspolitik 2014-2020 mit deutlicher Kritik. Ebenfalls verstärkt genutzt werden thematisch ausgerichtete Netzwerke (beispielsweise „Cities for Mobility“) sowie der Zusammenschluss europäischer Großstädte „Eurocities“. Die direkte Vertretung einzelner Kommunen vor Ort in Brüssel bleibt weiterhin die Ausnahme. Lediglich die Region Stuttgart betreibt ein eigenes Brüsseler Büro.

Regulierung der Daseinsvorsorge – intensive Betroffenheit und wachsender Widerstand

Insbesondere die zunehmende Regulierung der kommunalen Daseinsvorsorge lässt die Europabetroffenheit der Kommunen deutlich werden, die sich nicht zuletzt in wachsendem Widerstand äußert. Weiterhin viel diskutiert und von kommunaler Seite kritisiert ist der Vorstoß der Europäischen Kommission, Dienstleistungskonzessionen europaweit einheitlich zu regulieren. Nach langen Debatten wurden im Frühjahr 2014 drei neue Richtlinien verabschiedet, um die Regelungen für europaweite Ausschreibungen zu reformieren. Diese stellen eine Modernisierung des EU-Vergaberechts bezüglich der Vergabe öffentlicher Aufträge und der Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste (Sektoren-Richtlinie) dar. Eine Reform der Konzessionsvergabe konnte hierbei allerdings erfolgreich durch verschiedene Protestkampagnen regionaler Akteure und maßgeblich durch die erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative „Right2Water“⁸ zu Gunsten der Kommunen beeinflusst werden, wodurch eine mögliche Privatisierung der Wasserversorgung vorerst verhindert wurde. Das Programm der Kommission zur „urbanen Mobilität“ (Sustainable Urban Mobility Plans) stellt ein weiteres Beispiel für eine detaillierte Regulierung kommunaler Aufgaben dar. Nach erfolgreichem Widerspruch unter anderem des Deutschen Städtetags wurde der eigentliche Vorschlag einer verbindlichen Richtlinie jedoch in eine unverbindliche Mitteilung der Kommission umgewandelt.⁹

Die Entwicklung von Europabetroffenheit und -fähigkeit der Kommunen ist sicherlich noch nicht abgeschlossen. Der Trend einer kommunalen Ebene als fester und zunehmend bedeutsamer Bestandteil eines immer enger verknüpften europäischen Mehrebenensystems hat sich jedoch weiter verfestigt.

Weiterführende Literatur

Ulrich von Alemann/Klaudia Köhn: Förderung kommunaler Europa-Arbeit, Gütersloh 2013.

Thomas Höpel: Die Herausbildung kommunaler Europapolitik – das Städtenetzwerk Eurocities, Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 100/1, Stuttgart 2013, S. 23-42.

Sonja Witte: Einflussgrad der deutschen kommunalen Ebene auf die Politikgestaltung der EU, Frankfurt/M. 2013.

7 Deutscher Städtetag: Frankfurter Erklärung, April 2013, http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/fachinformationen/hv2013/hv2013_frankfurter_erklaerung.pdf.

8 Vgl. Bürgerinitiative „Right2Water“, <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/finalised/details/2012/000003>.

9 Vgl. Mitteilung der Kommission: Gemeinsam für eine wettbewerbsfähige und ressourceneffiziente Mobilität in der Stadt, COM(2013) 913 final.